

Exkursionsseminar „Energiewende vor Ort“ – Hintergründe und inhaltliche Einordnung

Christoph Weckenbrock, Universität Bonn

Mit der „Energiewende“ verbinden sich große Chancen, aber auch enorme Herausforderungen. Immerhin hat die Politik über Parteigrenzen hinweg ehrgeizige Ziele formuliert: So ist geplant, dass der Gesamtenergieverbrauch schon in wenigen Jahren zu einem Viertel aus erneuerbaren Quellen gedeckt wird. Die Zielvorgaben für den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung sind nicht weniger ambitioniert, wie die Große Koalition in ihrem Koalitionsvertrag durch die Festlegung von Ausbaukorridoren (40 bis 45 Prozent im Jahre 2025, 55 bis 60 Prozent im Jahr 2035) noch einmal unterstrich. Bei der Umsetzung der Energiewende rücken zunehmend kleinräumliche, dezentrale Formen der Energiegewinnung bis hin zu Modellen der autarken Selbstversorgung in den Fokus. Aber auch in Zukunft werden in Deutschland „Großprojekte“ notwendig sein, um die anvisierten Ziele erreichen und dem Energiebedarf der Industrie entsprechen zu können. Dabei handelt es sich neben den viel diskutierten Offshore-Windparks, dem Betrieb von Backup-Kraftwerken oder dem Ausbau von Energiespeichern vor allem und den Aus- und Zubau der deutschen Stromtrassen.

Um die durch Wind- und Sonnenenergie gewonnene Elektrizität sinnvoll im Bundesgebiet verteilen zu können, wird der Netzausbau kurzfristig eine entscheidende Rolle im Gesamtkonstrukt der Energiewende spielen. Vor allem durch Windenergie gewonnener Strom soll von Norden aus in Ballungsräume wie das Rhein/Ruhr-Gebiet und die Industriezentren in Baden-Württemberg und Bayern geleitet werden. Der Neubau von Hoch- resp. Höchstspannungsleitungen in Nord-Süd-Richtung ist auch notwendig, um die in Süddeutschland durch den Atomausstieg wegfallenden Produktionskapazitäten auszugleichen. Bis eine komplette Versorgung durch Erneuerbare Energien möglich ist, soll so auch aus Kohle gewonnener Strom von NRW nach Baden-Württemberg gelangen, um die dortige Energieversorgung weiter zu gewährleisten. In dem von den vier deutschen Netzbetreibern Amprion, TenneT TSO, 50Hertz und TransnetBW sowie der Bundesnetzagentur aufgestellten Netzentwicklungsplan von 2012 wurde der zukünftige Bedarf an Stromleitungen eingeschätzt. Auf dieser Grundlage beschloss der Bundestag im April 2013 das Bundesbedarfsplangesetz, welches einen vordringlichen Realisierungsbedarf bei insgesamt 36 Einzelvorhaben feststellte. Das Bundesbedarfsplangesetz sieht u.a. den Neubau von 2.800 Kilometern an Leitungstrassen und die Verstärkung von 2.900 Kilometern bestehender Trassen vor. Die Netzbetreiber schätzen die Investitionskosten auf rund 21 Milliarden Euro.

Viele der erforderlichen Projekte im Rahmen des Netzausbaus, seien es der Neu- oder Umbau von Leitungen oder der Bau von Konvertern, stoßen jedoch auf starken lokalen und regionalen Widerstand; nicht nur unmittelbar betroffene Bürger protestieren. Dabei allein auf die Notwendigkeit, ja gar „Alternativlosigkeit“ des infrastrukturellen Ausbaus zu verweisen hat sich nicht als überzeugender Kommunikationsansatz erwiesen. Geplante Projekte müssen den Bürgerinnen und Bürgern frühzeitig veranschaulicht, die Notwendigkeit der Maßnahmen – auch im Verhältnis zu möglichen Alternativen – plausibilisiert und alle Entscheidungsgrundlagen transparent dargestellt werden. Nur so kann und wird die Energiewende als eine gemeinschaftliche Kraftanstrengung gelingen. Dabei kommt den politisch-gesellschaftlichen Zusammenhängen vor Ort eine Schlüsselrolle

zu. Nicht zuletzt die Kommunalpolitik ist hier ebenso gefordert wie herausgefordert, Vertrauen zu bilden, zu binden und zu bewahren.

In diesem Kontext will sich das Exkursionsseminar mit folgenden Leitfragen beschäftigen: Was sind die politischen, gesellschaftlichen und unternehmerischen Konsequenzen der Energiewende? Wie können Politik und Unternehmen die Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld und im Vollzug einer Projektplanung stärker einbeziehen? Wie laufen entsprechende Prozesse derzeit ab und welche Form der Kommunikation von Seiten aller Beteiligten erscheint ratsam? Wer sind die Akteure der Energiewende, in welchem Verhältnis stehen Aktion und Reaktion zueinander? Wie setzen sich im Kontext der Energiewende die Gruppen der Befürworterinnen und Befürworter und jene der Gegnerinnen und Gegner von großen Infrastrukturprojekten soziologisch zusammen?

Das Exkursionsseminar will sich den genannten Fragestellungen beispielhaft mithilfe des Themenkomplexes Netzausbau nähern und dabei ein aktuelles Fallbeispiel aus NRW in den Blick nehmen. Bereits seit der Vorstellung des Energieleitungsausbaugesetzes 2009, dem Vorgänger des Bundesbedarfsplans 2013, existieren Planungen des Netzbetreibers Amprion, in der Ortschaft Raesfeld im Kreis Borken den Neubau der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung „Wesel-Meppen“ zu realisieren. In den betroffenen Regionen bildeten sich mitunter vitale Protestbewegungen heraus, die den Eingriff in das Landschaftsbild und stärkere Gesundheitsbelastungen für die Anwohner kritisierten.

Das zweitägige Exkursionsseminar wird in Kooperation der Universität Bonn mit der „KommunalAkademie“ der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt. Das Seminar findet im Bildungszentrum Schloss Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wesseling sowie in Raesfeld im Kreis Borken statt. Am ersten Seminartag werden Referentinnen und Referenten aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung zu verschiedenen Themenaspekten vortragen, etwa zu den neuen Anforderungen an das Stromnetz im Zuge der Energiewende oder den Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung beim Netzausbau in Deutschland. Am eigentlichen Exkursionstag werden sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars ein Bild von der Topographie sowie vom Ausmaß des geplanten Projekts vor Ort machen können. Im Mittelpunkt stehen hier Gespräche mit den politischen Verantwortungsträgern der betroffenen Gemeinden und Vertretern des Projektträgers und einer Bürgerinitiative.